Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ziele des Bundesrates 2020

Band II

Die Ziele des Bundesrates 2020 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 6. November 2019

Einleitung 3

Bundeskanzlei 4

Departement für auswärtige Angelegenheiten 6

Departement des Innern 10

Justiz- und Polizeidepartement 14

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport 17

Finanzdepartement 20

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung 24

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation 27

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 2673-2785

Verfügbar auf: www.bundespublikationen.admin.ch
www.bk.admin.ch

Einleitung

Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente berücksichtigt nicht nur die eigenen Ziele, sondern auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr. Für die Festlegung ihrer eigenen Ziele sind die Departemente selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu konkretisieren oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung der Ziele spiegelt sich auch in der Form ihrer Präsentation im vorliegenden Dokument wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Auf diese Weise kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2020 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Geschäftsbericht des Bundesrates 2020 – Band II, den der Bundesrat im Frühjahr 2021 verabschieden wird.

Zeichenerklärung:
***** basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2020 – Band I

Bundeskanzlei

Ziel 1 Optimierung von Organisation und Abläufen

- Die Budgetplanung (Voranschlag mit Integriertem Aufgaben- und Finanzplan) und die politische Jahresplanung (Jahresziele des Bundesrates) werden besser aufeinander abgestimmt.
- Die Englisch-Übersetzungsdienste des EJPD, des VBS (GS und Verteidigung), des UVEK und des WBF sind auf der Grundlage einer Vereinbarung bei der BK zentralisiert und in den Englischen Sprachdienst BK eingegliedert.
- Das Bundesratscontrolling weist zuhanden der Geschäftsleitung monatlich auf wesentliche unerledigte Aufträge hin.
- Erfüllung angenommener Motionen und Postulate: Die vom Bundesrat angenommenen Empfehlungen aus dem Bericht der GPK-S «Erfüllung angenommener Motionen und Postulate» sind umgesetzt bzw. befinden sich in der Umsetzung.

Ziel 2 Umsetzung wichtiger Vorhaben

- Die Meilensteine der Gesamterneuerungswahlen der Ausserparlamentarische Gremien (APG) sind fristgerecht erreicht und die Berichterstattung an das Parlament ist qualitativ einwandfrei bereitgestellt.
- Bis Ende 3. Quartal ist eine revidierte Version des Botschaftsleitfadens in Kraft.
- Der Bundesrat hat im ersten Quartal 2020 die Botschaft zur Legislaturplanung 2019–2023 in drei Sprachen verabschiedet.
- Die BK hat eine Auslegeordnung zu den Einflussfaktoren betreffend die politische Meinungsbildung im Vorfeld von Urnengängen und eine Risikoanalyse mit Blick auf mögliche Beeinflussungsoperationen (ausländischer Akteure) vorgenommen. Ausgehend davon hat sie mögliche Massnahmen, um die freie Willensbildung und unverfälschte Stimmabgabe zu sichern, geprüft.
- Umsetzung der überarbeiteten «Weisungen zum Krisenmanagement auf Stufe Bund»: bis Ende 3. Quartal 2020 sind die erforderlichen operationellen Massnahmen der BK mit den Departementen umgesetzt und der Bundesrat hat eine Information zum Funktionieren des Krisenmanagements auf Stufe Bund erhalten.
- Die nächste Gesamtplanung grosser Übungen ist dem Bundesrat bis Ende 2020 unterbreitet.
- Die Konzeptphase für das Folgeprojekt der Lage- und Umfeldanalyse sowie der Krisenfrüherkennung der BK «Schweiz 2030» ist bis Juni 2020 abgeschlossen.
- Bis Ende Januar 2020 ist dem Bundesrat Bericht erstattet und bei Bedarf Antrag gestellt zum weiteren Vorgehen bezüglich einer systematischeren Darstellung der Datenlage in Entscheidungsgrundlagen zuhanden des Bundesrates, des Parlaments und der Stimmberechtigten.

Ziel 3 GEVER Bund und andere wichtige IKT-Projekte

- Die Abläufe zur Weiterentwicklung und Integration von BK-Fachanwendungen werden vereinfacht und beschleunigt.
- Das aktuelle KAV-System ist bis am 31. Juli 2020 abgelöst und das Projekt zur Weiterentwicklung der neuen Lösung initialisiert.
- Bis Ende 2020 können über strukturierte Datenbestände der BK zu Kernprozessen Auswertungen durchgeführt werden, insbesondere im Bereich des Bundesratsgeschäftscontrollings.
- Die BK prüft eine Digitalisierung des Vernehmlassungsprozesses und entscheidet, ob ein entsprechendes Projekt «E-Vernehmlassung» gestartet werden soll.
- Die Bundesratsgeschäfte können zwischen den Departementen und der Bundeskanzlei über das das neue GEVER-Standardprodukt Acta Nova abgewickelt werden.
- Der Aufbau eines Kompetenzzentrums Sprachtechnologie (CoE) in der BK und die Einführung eines neuen CAT-Tools (Computer Assisted Translation) in der BK und in den Departementen erfolgt gemäss Programmauftrag sowie der jeweiligen Projektaufträge.
- Die Fachstelle GEVER Bund nimmt ihren Betrieb am 1. April 2020 auf.
- Das zentrale Programm GENOVA hat bis Ende der Zielperiode die Einführung des neuen GEVER-Bundesstandards in den Departementen gemäss Programmauftrag unterstützt und die Übergabe der Arbeiten in die Linienorganisationen (ISB, ISCeco, Fachstelle GEVER Bund) gemäss Projektplanung «Standarddienst GEVER» (ISB-Projekt) unterstützt.

Ziel 4 Neuausrichtung des Versuchsbetriebs im Bereich Vote électronique

- Die BK konzipiert bis Ende 2020 die Neuausrichtung des Versuchsbetriebs von Vote électronique gemeinsam mit den Kantonen und unterbreitet dem Bundesrat einen Antrag zur Beratung über das weitere Vorgehen. *

Ziel 5 Weiterentwicklung digitaler Kommunikationsmedien

- Bis Ende 2020 wird – in Zusammenarbeit mit den Departementen – eine Strategie für den Einsatz sozialer Medien für den Bundesrat und die BK erarbeitet.
- Ein neues Videoformat soll die seit 2016 produzierten Erklärvideos ergänzen. Es geht darum, die aktuellen politischen Themen ausserhalb der Abstimmungsagenda Social-Media-gerecht zu vermitteln. Die Bundeskanzlei wird ein entsprechendes Konzept der Konferenz der Informationsdienste KID präsentieren.
- Abstimmungsvorlagen der Gemeinden des Kantons Zürich werden als Pilotprojekt in die App VoteInfo integriert und gestützt darauf wird eine Standortbestimmung über eine breitere Integration von Gemeindevorlagen vorgenommen.
- Die Broschüre und die App «Der Bund kurz erklärt» sind inhaltlich und graphisch überarbeitet und näher zusammengeführt.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1 Die Schweiz verfügt über geregelte Beziehungen mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten

- Das Verfahren im Hinblick auf den Abschluss eines institutionellen Abkommens und die Verabschiedung der diesbezüglichen Botschaft wird fortgesetzt. *
- Der Bundesrat hat – unter Vorbehalt der Genehmigung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedsstaaten durch das Parlament – die Voraussetzungen geschaffen für die Genehmigung bilateraler Abkommen zur Umsetzung des Beitrags mit den Partnerländern.
- Der Bundesrat hat – unter demselben Vorbehalt – eine rechtlich nicht verbindliche gemeinsame Verständigung (Memorandum of Understanding, MoU) mit der EU getroffen, welche die Prinzipien und Eckwerte des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten festhält.
- Die Arbeiten im Hinblick auf eine Beteiligung der Schweiz an den EU-Rahmenprogrammen in den Bereichen Bildung, Forschung, Kultur und Raumfahrt ab 2021 werden fortgeführt.
- Der Bundesrat hat den Bericht zur Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit (in Erfüllung des Po. Naef 17.4147) gutgeheissen. * Ebenfalls hat er die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Agentur für das Europäische Globale Navigationssatellitensystem (GNSS GSA) verabschiedet.
- Der Bundesrat verfolgt in den einzelnen Bereichen der Zusammenarbeit eine kohärente und koordinierte bilaterale Politik gegenüber den EU-Mitgliedstaaten, um so das Verhältnis zu Brüssel zu festigen.
- Die «Mind the gap»-Strategie des Bundesrates wird weiterhin koordiniert umgesetzt, mit verstärktem Fokus auf die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über den Status quo hinaus. *

Ziel 2 Die Schweiz fokussiert ihre internationale Zusammenarbeit und setzt die strategischen Prioritäten wirksam um

- Der Bundesrat hat den Schlussbericht zur Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 gutgeheissen und die Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 (IZA-Strategie 2021–2024) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft über die Rahmenkredite für die Beteiligung der Schweiz an den Kapitalerhöhungen der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank-Gruppe sowie an der 7. Kapitalerhöhung der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) verabschiedet. *

- Im Rahmen der Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 hat der Bundesrat Kernbeiträge an mehrere für die Schweiz prioritäre multilaterale Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen beschlossen, namentlich an die Internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank (International Development Association, IDA), den Green Climate Fund (GCF), den Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF) und den Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF). *
- Die Schweiz hat ihr Engagement zur Reduktion der Ursachen von irregulärer Migration und Flucht im Vergleich zum Vorjahr weiter verstärkt. Der Bundesrat hat die Botschaft zum einfachen Bundesbeschluss über den UNO Migrationspakt verabschiedet. Ebenfalls hat er den Bericht «UNRWA. Rückblick und Ausblick nach 70 Jahren» (in Erfüllung des Po. Nantermod 18.3557) gutgeheissen. *
- Mindestens 80 Vorhaben der internationalen Zusammenarbeit sind unter Beizug von externen, unabhängigen Expertinnen und Experten überprüft worden, um die Wirksamkeit sicherzustellen und zu einer produktiven Lernkultur beizutragen.
- Innovative Ansätze für das Engagement des Privatsektors zugunsten entwicklungspolitischer Ziele und zur Förderung des Privatsektors in Partnerstaaten sind bis Ende 2020 entwickelt und öffentlich vorgestellt worden.

Ziel 3 Die Schweiz trägt massgeblich zu Frieden und Sicherheit bei und fördert mit Reformvorschlägen eine effiziente multilaterale Ordnung

- Der Bundesrat hat die aussenpolitische Strategie 2020–2023 verabschiedet. *
- Die Schweiz unterstützt die friedliche Lösung von Konflikten durch bilaterale und multilaterale Massnahmen und positioniert das internationale Genf weltweit als Standort für Friedensgespräche. Die Nachfrage nach Guten Diensten der Schweiz bleibt hoch.
- Die Schweiz als Gaststaat bietet den internationalen Organisationen optimale Voraussetzungen. Zu diesem Zweck wird die Botschaft über die Gewährung eines Darlehens zur Renovation des Sitzgebäudes der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) in Genf verabschiedet. *
- Die Schweiz treibt ihre Kampagne im Hinblick auf ihre Wahl als temporäres Mitglied des UNO-Sicherheitsrats voran. Das EDA hat erste notwendige temporäre Struktur- und Ressourcenanpassungen in die Wege geleitet. Der Bundesrat hat den Bericht «Schweizer Sitz im UNO-Sicherheitsrat: Einbezug des Parlaments» (in Erfüllung des Po. APK-S 19.3967) gutgeheissen. *
- Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass anlässlich der Überprüfung des Systems der Vertragsorgane der UNO Massnahmen zur Stärkung und Verbesserung ihrer Arbeitsweise beschlossen werden. Der Bundesrat hat den Bericht «Demokratisierung der Vereinten Nationen» (in Erfüllung des Po. Jositsch 18.4111) gutgeheissen. *
- Nach ihrer Wahl in die Geschäftsleitung nutzt die Schweiz die Ausarbeitung und Verabschiedung der nächsten mittelfristigen Strategie und des nächsten Programms der UNESCO, um Reformmassnahmen vorzuschlagen, die das Funktionieren der Organisation verbessern.

- Der Bundesrat hat den Bericht über die Umsetzung der Empfehlung aus dem Rohstoffbericht gutgeheissen. Ebenfalls hat er den Bericht «Neue Bestimmungen zur Überprüfung der Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte» (in Erfüllung des Po. APK-S 19.3414) gutgeheissen. *

Ziel 4 **Die Aussenpolitik leistet Beiträge an die Wahrung der Sicherheit der Schweiz und die Stärkung der europäischen und internationalen Stabilität**

- Das EDA überprüft die Haltung der Schweiz zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) und hat dem Bundesrat bis Ende 2020 eine aktualisierte Grundlage für eine Entscheidung unterbreitet. *
- Die Schweiz unterbreitet der UNO ihre Prioritäten mit Blick auf eine umfassende und ausgewogene Umsetzung der Globalen Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus.
- Der Bundesrat hat die strategischen und operationellen Ziele der Korruptionsbekämpfung auf Bundesebene für die Jahre 2020–2024 festgelegt. *

Ziel 5 **Die Schweiz ist etabliert als Hub für digitale Gouvernanz und gestaltet die internationalen Prozesse im Bereich der neuen Technologien auf der Basis eines klaren Profils mit**

- Die Schweiz stärkt eine regelbasierte internationale Kooperation im Bereich neuer Technologien. Sie leistet praktische Beiträge, um den möglichen negativen Auswirkungen auf die internationale Ordnung entgegenzuwirken, und setzt sich für das Internationale Genf als Standort zur Gestaltung der digitalen Transformation ein.
- Das EDA schafft gemeinsam mit dem UVEK/BAKOM im Rahmen seiner Arbeiten zur digitalen Selbstbestimmung in Umsetzung der Strategie «Digitale Schweiz» ein nationales und internationales Netzwerk, in dem Rahmenbedingungen erarbeitet werden, welche die Bürgerin und den Bürger im Sinne einer digitalen Selbstbestimmung ins Zentrum der technologischen Veränderung rücken.
- Das EDA wahrt die aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz im Cyber-Raum und setzt sich für einen sicheren, offenen und freien Cyber-Raum ein, der auf klaren Regeln und gegenseitigem Vertrauen basiert.

Ziel 6 **In der Wahrung und Stärkung des Völkerrechts und der Rechtsstaatlichkeit nimmt die Schweiz eine international führende Rolle ein**

- Der Bundesrat hat bis Ende 2020 den Bericht zu Völkerrecht und künstlicher Intelligenz zur Kenntnis genommen.
- Die Schweiz hat im Rahmen ihrer Initiative für transparente und rechtstaatliche Verfahren beim Erlass und der Überprüfung von UNO-Sanktionen zusammen mit der Gruppe der gleichgesinnten Staaten neue Vorschläge an die UNO unterbreitet.

- Die Schweiz setzt sich im Rahmen ihres Ko-Vorsitzes der Arbeitsgruppe «Strafjustiz und Rechtsstaatlichkeit» des Globalen Forums gegen den Terrorismus (GCTF) dafür ein, dass Empfehlungen zur Strafverfolgung an der Schnittstelle von Terrorismus und transnationalem organisierten Verbrechen ausgearbeitet und auf Ministerebene verabschiedet werden.
- Das EDA setzt die im Bericht des Bundesrats (in Erfüllung des Po. APK-S 18.4104) im Bereich von Soft Law vorgeschlagenen Massnahmen nach Vorgaben des Parlaments um.

Ziel 7 **Die neue Strategie für die Landeskommunikation wird vom EDA zur Förderung der wirtschaftlichen und politischen Interessen im Ausland wirksam umgesetzt**

- Der Bundesrat hat die Strategie Landeskommunikation 2020–2023 verabschiedet. *
- Im Rahmen ihrer Teilnahme an der Expo 2020 in Dubai (VAE) und ihres Auftritts an den Olympischen und Paraolympischen Sommerspielen 2020 in Tokio (Japan) präsentiert sich die Schweiz jeweils als attraktives und innovatives Land. Ebenfalls nutzt die Schweiz das World Economic Forum (WEF) mit dem Auftritt des House of Switzerland als Plattform für die Landeskommunikation und die Interessenwahrung.
- Die überarbeiteten Sponsoring-Richtlinien des EDA werden dem gesamten Aussennetz kommuniziert und in der Praxis implementiert.

Ziel 8 **Die konsularischen Dienstleistungen werden bedürfnisgerecht modernisiert**

- Die Konsularische Direktion richtet ihr Angebot an konsularischen Dienstleistungen noch konsequenter auf die Bedürfnisse der verschiedenen Kundengruppen aus: Schweizer Staatsangehörige, die im Ausland leben oder dort reisen sowie ausländische Staatsangehörige, welche die Schweiz mit einem Visum besuchen (Tourismus, Politik/internationales Genf, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur).
- Die Konsularische Direktion modernisiert ihre Dienstleistungen schrittweise. Sie werden stärker personalisiert und nutzen konsequent die Möglichkeiten der Digitalisierung. Modernisierte Dienstleistungen erfolgen auf dem jeweils einfachsten, günstigsten, mit den Kantonen und anderen Bundesstellen optimal vernetzten und schnellstmöglichen Weg. Erste Neuerungen sind bis Ende 2020 eingeführt. Dienstleistungen stehen weiterhin auch denjenigen Personen offen und bedienen auch jene Bereiche, für die sich eine digitale Lösung nicht eignet.

Ziel 9 **Das EDA verbessert seine Führungskultur und Innovationsfähigkeit und entwickelt die notwendigen Kompetenzen um die Aussenpolitische Strategie 2020–2023 wirksam umsetzen zu können**

- Alle Direktionen des EDA unterstützen die Entwicklung einer Arbeitskultur, in welcher Fehler als Lernchancen genutzt werden («Fehlerkultur») und Innovationsfähigkeit gestärkt wird. Dazu gehören auch Anpassungen und die Erweiterung des Bildungs- und Entwicklungsangebots sowie die Förderung und Entwicklung neuer Arbeitsinstrumente.

Departement des Innern

Ziel 1 Erhöhung des Gesundheitsschutzes, Förderung der Lebensqualität und Stärkung der Chancengleichheit

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes (Grundlage für die ärztliche Verschreibung von cannabishaltigen Arzneimitteln) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» mit dem Antrag auf Ablehnung verabschiedet und dem Parlament die Botschaft zur Teilrevision des Transplantationsgesetzes (Einführung einer erweiterten Widerspruchslösung) als indirekten Gegenvorschlag überwiesen. *
- Der Bundesrat hat die spezifischen Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Heilmittel- und des Humanforschungsgesetzes (HMG und HFG) verabschiedet und auf den 26. Mai 2020 in Kraft gesetzt. Damit wird das revidierte Schweizer Medizinprodukterecht an das neue europäische Recht angepasst. *
- Der Bundesrat wird über die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur Revision des Militärversicherungsgesetzes bezüglich der Aufhebung der Krankenversicherung für Berufsmilitärs und pensionierte Armeeangehörige entscheiden. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Perspektiven der Schweizerischen Drogenpolitik» (in Erfüllung des Po. Rechsteiner Paul 17.4076) und der Bericht «Depakine-Skandal. Untersuchung der Situation in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Maury Pasquier 18.3092) gutgeheissen. *
- Die Entscheidungsgrundlagen für eine allfällige Weiterführung des Nationalen Aktionsplanes zum Schutz vor Radon 2021–2030 sind für die Beschlussfassung des Bundesrates im 1. Halbjahr 2020 vorbereitet.
- Der Bundesrat prüft, wie die Beurteilung der Auswirkungen der Pflanzenschutzmittel auf die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten verbessert werden kann. *

Ziel 2 Eindämmung des Kostenwachstums, Erhöhung der Versorgungsqualität und der Transparenz im Gesundheitswesen

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Vergütung des Pflegematerials) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Aussprache über die zur Förderung der Verbreitung des elektronischen Patientendossiers und der digitalen Transformation des Gesundheitswesens notwendigen Massnahmen und Mittel geführt. *
- Der Bundesrat hat das bilaterale Abkommen im Bereich der öffentlichen Gesundheit mit der EU nach Möglichkeit unterzeichnet. *

- Der Bundesrat hat den Bericht «bessere Nutzung von Gesundheitsdaten» (in Erfüllung des Po. Humbel 15.4225) sowie den Bericht «Gesetzliche Grundlage zur Sicherstellung der Versorgung im Bereich der seltenen Krankheiten» (in Erfüllung des Po. SGK-N 18.3040) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Versandhandel mit nicht verschreibungspflichtigen Arzneimittel» (in Erfüllung des Po. Stahl 19.3382) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision der Chemikalienverordnung bezüglich der Modernisierung des Schweizer Chemikalienrechts eröffnet.
- Der Bundesrat nimmt den Zwischenbericht zur Nationalen Strategie Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (NCD-Strategie) 2017–2024 und zur Nationalen Strategie Sucht 2017–2024 sowie zu den Anpassungen bei den Massnahmenplänen im zweiten Halbjahr 2020 zur Kenntnis.
- Zur Umsetzung der Änderung des KVG zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit wird der Bundesrat die Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV) entsprechend anpassen und diese Änderungen im zweiten Halbjahr 2020 auf den 1. Januar 2021 in Kraft setzen. *

Ziel 3 Reform der Sozialwerke

- Die Botschaft zur Reform des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) ist verabschiedet. *
- Die Botschaft zur Teilrevision bezüglich Schaffung eines gesamtschweizerischen Lastenausgleichs des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG, Umsetzung Mo 17.3860 Baumann) ist verabschiedet.
- Die Vernehmlassung zur Verordnung über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose ist eröffnet.
- Die Vernehmlassung zur Verordnung «Vorschriften über die Rechnungslegung der öffentlich-rechtlichen Anstalt compenswiss (Ausgleichsfonds AHV/IV/EO)» ist eröffnet. *
- Die Weiterentwicklung der Invalidenversicherung (WE IV) ist umgesetzt. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2020 die Vernehmlassung zur Anpassung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) eröffnen. Die Verordnung über Geburtsgebrechen (GgV) ist angepasst und allfällige neue Verordnungen sind neu geschafft. *
- Der Bundesrat hat der Bericht zu einem Sicherheitskonzept für Personenidentifikatoren (in Erfüllung des Po. RK-N 17.3968), der Bericht «Plattformunternehmen und Gig Economy: Bessere Absicherung von selbstständig Erwerbstätigen» (in Erfüllung des Po. Bruderer Wyss 18.3936) und der Bericht «Digitalisierung: ein neuer Status für den Arbeitsmarkt?» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 17.4087) gutgeheissen. *

Ziel 4 Generationenpolitik

- Der Bundesrat hat den Bericht «Gewalt im Alter verhindern» (in Erfüllung des Po. Glanzmann-Hunkeler 15.3945) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Präventionsprojekt «Kein Täter werden» für die Schweiz» (in Erfüllung der Po. Jositsch 16.3644 und Po. Rickli 16.3637) gutgeheissen. *
- Die Botschaft zum Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) ist verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Evaluation über den Umsetzungsstand der ergriffenen Massnahmen im Bereich des Jugendmedienschutzes und den damit verbundenen Ergebnissen zur Kenntnis genommen.

Ziel 5 Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Kultur

- Die Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 bis 2024 (Kulturbotschaft 2021–2024) ist verabschiedet. *
- Die interdepartementale Strategie zur Förderung der Baukultur ist gutgeheissen. *
- Die Teilnahme der Schweiz am EU-Rahmenprogramm Kreatives Europa für die Jahre 2021–2027 ist geprüft. *
- Die Förderungskonzepte zur Umsetzung der Kulturpolitik des Bundes ab 2021 sind revidiert.
- Die Empfehlungen zur Vereinbarung des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) mit dem Ziel der baulichen Verdichtung sind erarbeitet.
- Das Pilotprojekt zum Austausch von Lehrpersonen zwischen den verschiedenen Sprachregionen der Schweiz ist durchgeführt.

Ziel 6 Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann und Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt

- Der Bundesrat hat den sechsten periodischen Bericht der Schweiz an den UNO-Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) gutgeheissen. *
- Die Ausbildungskurse für die leitenden Revisorinnen und Revisoren nach Artikel 4 der Verordnung über die Überprüfung der Lohngleichheitsanalyse stehen bereit.
- Die erste Etappe der technischen Modernisierung des Standard-Analyse-Tools (Logib) des Bundes nach Artikel 13c Absatz 2 des Gleichstellungsgesetzes ist abgeschlossen.

Ziel 7 Stärkung der Tiergesundheit, der Lebensmittelsicherheit, und des Artenschutzes im internationalen Handel

- Die Revision der Tierseuchenverordnung ist verabschiedet.
- Die Verordnung über die Tiergesundheitsdienste ist verabschiedet.
- Die Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz ist verabschiedet.
- Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten ist verabschiedet.
- Die Entscheidungsgrundlage für die Anpassung des Schweizerischen Tierarzneimittelrechts an die Europäische Regelungen sind vorbereitet.
- Der Bundesrat hat vom Handlungsbedarf zur Sicherung des Tierwohls, der Tiergesundheit sowie der Lebensmittelsicherheit im Zusammenhang mit dem Klimawandel Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.

Ziel 8 Umsetzung der Mehrfachnutzung von Daten (Umsetzung des Once-Only-Prinzips): Statistiksystem Schweiz und die Datenbewirtschaftung des Bundes

- Der Bundesrat hat die Anträge zur Umsetzung der Qualitätssicherung der Unternehmensdaten genehmigt. *
- Der Bundesrat hat von den Berichten über die Erkenntnisse aus einem Projekte zur Mehrfachverwendung von Daten für die Lohnstatistiken und aus einer Machbarkeitsstudie zur Mehrfachverwendung von Steuerdaten Kenntnis genommen und Aufträge zum weiteren Vorgehen erteilt. *
- Das interdepartementale Gremium zum Aufbau und zur Führung der Interoperabilitäts-Plattform ist eingesetzt. *
- Der Bundesrat hat vom Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG) Kenntnis genommen. *

Ziel 9 Automatisierung der Flugwetterbeobachtung während den Nicht-Betriebszeiten am Flughafen Zürich

- Die Inbetriebnahme erfolgt bis Ende März 2020 und das Projekt ist bis Ende Juni 2020 abgeschlossen.

Ziel 10 Evaluation Bundesgesetz über die Archivierung

- Die Evaluation des Bundesgesetzes über die Archivierung gemäss Po. Janiak 18.3029 ist durchgeführt und ein Bericht liegt vor.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1 Migration und Integration

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Einrichtung des Europäischen Reiseinformations- und Genehmigungssystems (ETIAS) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Übernahme der Rechtsgrundlagen zur Schaffung des Fonds für integriertes Grenzmanagement (Integrated Border Management Fund IBMF) eröffnet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen für die Herstellung der Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen in den Bereichen Grenze, Migration und Polizei (Verordnungen [EU] 2019/817 und [EU] 2019/818) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) verabschiedet. *
- Die strategischen Leitlinien für die Kantonalen Integrationsprogramme (KIP) für die Jahre 2022 bis 2025 und der Verpflichtungskredit sind vom Bundesrat verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der neuen Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und die Integration (AIG): Umsetzung des Aktionsplans «Integrierte Grenzverwaltung» sowie der Motion Abate 17.3857 «Kantone mit Ausreisezentren an der Grenze finanziell unterstützen» verabschiedet.
- Die Regelung der zukünftigen Beziehungen der Schweiz zum Vereinigten Königreich (UK) im Migrationsbereich nach dem Brexit ist vom Bundesrat verabschiedet. *
- Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG; Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme) ist vom Bundesrat verabschiedet.
- Der Schlussbericht und die Empfehlungen zur Überprüfung des Finanzierungssystems im Flüchtlings- und Asylbereich sind vom Bundesrat gutgeheissen.
- Die Schweiz hat sich für ein krisenfestes Dublin-System eingesetzt, welches eine fairere Teilung der Verantwortung für Asylverfahren beinhaltet.
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Übernahme der neuen EU-Rückführungsrichtlinie eröffnet. *

Ziel 2 Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

- Die Botschaft zur Weiterentwicklung des SIS II[1] ist vom Bundesrat verabschiedet. *
- Die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekannten oder vermissten Personen (DNA-Profil-Gesetz) ist vom Bundesrat verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassungsergebnisse zum Massnahmenpaket für mehr Sicherheit bei gefährlichen Straftätern (Änderung des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafgesetzes) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.
- Die Totalrevision der Verordnung über das Sicherheitswesen in Bundesverantwortung (VSB) ist vom Bundesrat verabschiedet.
- Der Bundesrat hat die Revision der Ausweisverordnung verabschiedet.
- Der Bundesrat hat den Bericht «Gemässigte Imame sind Schlüsselpersonen gegen die Radikalisierung von jugendlichen Muslimen» (in Erfüllung des Po. Ingold 16.3314) gutgeheissen.

Ziel 3 Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

- Die Botschaft zu den Abkommen mit der EU betreffend die Beteiligung an der Prümer Zusammenarbeit und den Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf Eurodac sowie zum Abkommen mit den USA zum Austausch von Fingerabdruck- und DNA-Daten zur Bekämpfung von Schwerkriminalität («Preventing and Combating Serious Crime» PCSC) ist vom Bundesrat verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat einen Grundsatzentscheid zu einer Beteiligung der Schweiz am PNR-System (Passenger Name Record) der EU getroffen.
- Die Verhandlungen zum Polizeikooperationsabkommen mit dem Vereinigten Königreich sind abgeschlossen.
- Die der Schweiz notifizierten Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.

Ziel 4 Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderungen des ZGB (Revision Kindes- und Erwachsenenschutz) verabschiedet.
- Der Bundesrat hat den Bericht «Adoptionen in Sri Lanka» (in Erfüllung des Po. Ruiz 17.4181) gutgeheissen. *

[1] Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen zur Nutzung des SIS und Änderung des Bundesgesetzes über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA) zur Registrierung der Landesverweisung im ZEMIS sowie zur Verbesserung der Statistik im Rückkehrbereich.

Ziel 5 Staatliche Institutionen

- Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zum Bundesgesetz über die elektronische Kommunikation in der Justiz (E-Justice-Gesetz, BEK) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. *

Ziel 6 Wirtschaftsstandort Schweiz

- Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches (Unternehmensnachfolge im Erbrecht) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zum Bundesgesetz über die Erstellung öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen (EÖBG) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. *
- Die Vernehmlassung zu einer Revision des ZGB (Lockerung der Bedingungen für die Anwendbarkeit von Artikel 926 ZGB, um besser gegen Hausbesetzer vorgehen zu können in Erfüllung der Mo. Feller 15.3531) ist vom Bundesrat eröffnet.
- Die Vernehmlassung zur Revision der Grundbuchverordnung (GBV) ist vom Bundesrat eröffnet.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1 Umsetzung Weiterentwicklung der Armee (WEA) und weitere wichtige Projekte und Vorhaben des VBS

- Die Bereitschaft der Armee ist gemäss den Vorgaben der WEA sichergestellt. Die Gesamtkonzeption für die Weiterentwicklung der Cyberfähigkeiten der Armee ist erstellt.
- Massnahmen zur Stärkung der personellen Alimentierung und Sicherung der Bestände sind in Realisierung.
- Die Umsetzung des Personalumbaus/-abbaus in der Gruppe V ist abgeschlossen.
- Die Voraussetzungen für den Übergang der Bereitschaft der Luftpolizei auf sieben Tage die Woche 24 Stunden sind per 01.01.2021 geschaffen.
- Der Bericht zur Alimentierung von Armee und Zivilschutz ist durch den Bundesrat genehmigt. *
- Programm Führungsinfrastruktur, Informationstechnologie und Anbindung an die Netzinfrastruktur der Armee (FITANIA):
  - Projekt Rechenzentren VBS/Bund 2020: Die Inbetriebnahme CAMPUS und der Start der Migration von Referenzanwendungen sind sichergestellt.
  - Projekt Führungsnetz Schweiz: Weitere Härtung Backbone, Anbindung von Nutzerstandorten, laufende Erneuerung von Netzwerkkomponenten inklusive Upgrade auf grössere Bandbreiten, Verbesserung der Netzwerksicherheit und Verbesserung der Netzwerkmanagementsysteme sind sichergestellt.
  - Projekt Telekommunikation der Armee: Taktische Funkgeräte und Umsysteme sind in der Armeebotschaft 2020 aufgeführt.
- Programm Air2030 – Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraumes: Die Auswertung der zweiten Offerten für das Neue Kampfflugzeug (NKF) und die Bodengestützte Luftverteidigung (BODLUV) sowie die Erstellung von Entscheidungsgrundlagen zur Typenwahl sind sichergestellt.
- Die Botschaft zur Revision des Militärgesetzes und der Armeeorganisation ist durch den Bundesrat verabschiedet. *
- Die Entflechtung zwischen der RUAG International und der MRO Schweiz («Maintenance, Repair and Overhaul») ist in allen massgeblichen Teilen abgeschlossen.
- Die Entflechtung der IKT-Büroautomatisation GS-VBS, BABS und armasuisse ist planmässig abgeschlossen und der Service wird durch das BIT erbracht.
- Die Armeebotschaft 2020–2023 ist durch den Bundesrat verabschiedet. *

Ziel 2 Beschaffungsmanagement VBS und Immobilien

- Die zweite Serie der Objektblätter zum Sachplan Militär ist durch den Bundesrat verabschiedet. *
- Die neue Immobilienstrategie VBS ist kommuniziert. Die vereinbarten Beiträge und Kennzahlen zuhanden des Controllings VBS werden zur Verfügung gestellt.
- Der Variantenentscheid zur Senkung des Risikos im ehemaligen Munitionslager Mitholz ist unter Einbezug der betroffenen Stellen getroffen.

Ziel 3 Sicherheitspolitik / Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)

- Die Sicherheitsverbundsübung 2019 (SVU 19) ist ausgewertet. Der Bericht zuhanden der Politischen Plattform des SVS ist vom Bundesrat zur Kenntnis genommen worden. Die Umsetzung auf Stufe Bund ist beauftragt.

Ziel 4 Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

- Die Bevölkerungs- und Zivilschutzverordnung ist durch den Bundesrat verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat den Grundsatzentscheid zur Mobilen breitbandigen Sicherheitskommunikation (MSK) getroffen und über ein entsprechendes Pilotprojekt entschieden. *
- Der Bundesrat hat über das Konzept «Finanzhilfen an die Kantone bei der Ereignisbewältigung» (Erdbebenvorsorge) entschieden. *

Ziel 5 Sportförderung und Rechtsgrundlagen im Bereich Sport

- Die Umsetzung der Realisierungsphase des Projektes Nationale Datenbank Sport (NDS) ist planmässig erfolgt.
- Die Botschaft zu NASAK V (Finanzhilfen an Sportanlagen im Rahmen des Nationalen Sportanlagenkonzepts) ist durch den Bundesrat verabschiedet. *

Ziel 6 Landestopografie swisstopo

- Die überarbeitete Strategie für Geoinformation beim Bund sowie die entsprechenden Umsetzungsmassnahmen, welche den Herausforderungen der Digitalisierung zum Nutzen von Bevölkerung, Wirtschaft und Behörden Rechnung tragen, sind durch den Bundesrat verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Anpassung des Geoinformationsgesetzes (GeoIG) hinsichtlich Zusammenführung geologischer Datengrundlagen sowie Bereitstellung der notwendigen Dateninfrastrukturen, in Erfüllung des Po. Vogler, 16.4108 vom 16.12.2016 bezüglich «Geologischer Daten zum Untergrund», eröffnet. *

Ziel 7 Nachrichtendienst Bund

- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung für einen Vorentwurf und einen erläuternden Bericht zur Revision des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) eröffnet. *
- Der Bericht zur jährlichen Beurteilung der Bedrohungslage ist dem Bundesrat unterbreitet.

Finanzdepartement

Ziel 1 Die Schweiz sorgt für einen ausgeglichenen Bundeshaushalt und eine stabile Finanzordnung

- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Reform der Mehrwertsteuer eröffnet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über administrative Erleichterungen und die Entlastung des Bundeshaushalts (strukturelle Reformen) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat über einen Entwurf zu einer Vernehmlassungsvorlage zur Tonnage Tax entschieden und gegebenenfalls die Vernehmlassung eröffnet. *
- Der Bundesrat hat den Bericht zum Legislaturfinanzplan 2021–2023 gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat – in Umsetzung der Botschaft zur Vereinfachung und Optimierung der Haushaltssteuerung – die Änderung der Finanzhaushaltverordnung gutgeheissen.
- Der Bundesrat hat die Anpassung der allgemeinen Gebührenverordnung (in Erfüllung der Mo. Gmür 18.3303) gutgeheissen.
- Der Bericht des EFD zu den Langfristperspektiven der öffentlichen Haushalte ist publiziert.

Ziel 2 Der Bund erbringt seine staatlichen Leistungen effizient und möglichst digital

- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über elektronische Verfahren im Steuerbereich verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zu einer gesetzlichen Grundlage für die Beteiligung des Bundes an der Zusammenarbeit der öffentlichen Hand im Bereich des E-Government verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zur Totalrevision des Zollgesetzes verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die IKT-Strategie des Bundes 2020–2023 verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Strategie «Hybrid-Cloud des Bundes» verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat auf Basis der Personalstrategie Bundesverwaltung 2020–2023 die neuen Sollwerte und Indikatoren für das Personalmanagement der Bundesverwaltung festgelegt. *
- In Abhängigkeit vom Vorgehensplan und der Terminierung seitens des Finanzplatzes Schweiz sind das fachliche und das technische Konzept zum eingehenden Einzahlungsschein mit QR-Code erstellt und die Anwendung ist realisiert sowie produktiv gesetzt.
- Die Übernahme der Führung der elektronischen Geschäftsverwaltung (GEVER) als IKT-Standarddienst der Bundesverwaltung ist abgeschlossen und die Leitung des ISB hat den Abschluss bestätigt.

- Die Entwicklung der Systemkomponenten von DaziT wird in einem Release-Train (Scaled Agile Framework) umgesetzt. Das BIT unterstützt unter anderem mit Ressourcen (Entwicklung, Systemteam, Architektur) und Knowhow. Es werden 5 Planungs-Workshops (PI-Plannings) durchgeführt, die darin vereinbarten Ziele werden erreicht.
- Die zentrale Verwaltung der Geschäftspartner-Stammdaten, basierend auf dem SAP-Modul «Master Data Governance» (zentrale Stammdatenhaltung), für den Kundenstamm der EZV ist aufgebaut und technisch in Betrieb genommen.
- Im Rahmen des Programms SUPERB23 ist das Human Capital Management-Modul (Salär- und Personaladministration) aus dem bisherigen System herausgelöst und auf die neue SAP-Datenbank HANA migriert worden.
- Das BIT übernimmt im Rahmen des Programms «Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS» schrittweise den Betrieb der Büroautomation der zivilen Verwaltungseinheiten: Das Generalsekretariat VBS mit rund 530 Arbeitsplatzsystemen ist migriert.

Ziel 3 Die Schweiz sorgt für bestmögliche stabile sowie innovationsfördernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen im digitalen Zeitalter und fördert das inländische Arbeitskräftepotential

- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Reform der Verrechnungssteuer auf Zinsanlagen eröffnet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Erhöhung der Pauschalabzüge für Krankenkassenprämien eröffnet. *
- Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zu einer Änderung des Bankengesetzes (Einlagensicherung, Bankeninsolvenz) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat eine Vernehmlassung durchgeführt und darauf basierend Anpassungen auf Verordnungsstufe im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Durchführung von zwischenstaatlichen Abkommen des Bundes zur Vermeidung der Doppelbesteuerung verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem FATCA-Abkommen nach Modell 1 mit den USA verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Motion WAK-N 17.3261 zur «Wettbewerbsfähige steuerliche Behandlung von Start-ups inklusive von deren Mitarbeiterbeteiligungen» umgesetzt. Soweit dazu Gesetzes- oder Verordnungsänderungen erforderlich sind, hat er die Vernehmlassung dazu eröffnet. *
- Der Bundesrat hat die Revision der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen gutgeheissen und die Verordnung und das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen per 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt. *

- Der Bundesrat hat den Bericht «Strategie für einen wettbewerbsfähigen Finanz- und Steuerstandort Schweiz» (Arbeitstitel) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat die Berichte «Möglichkeiten und Folgen einer Senkung der Kapital- und der Vermögenssteuer von Unternehmen» (in Erfüllung des Po. Derder 17.4292), «Marktzugang im Finanzbereich in Italien und Frankreich» (Arbeitstitel) (in Erfüllung des Po. Merlini 17.3744), «Regulatorische Rahmenbedingungen im Finanzsektor für Geschäftstätigkeiten von Schweizer Unternehmen in Afrika» (in Erfüllung des Po. Chevalley 17.3842), «Reicht die Bankenaufsicht, um die Gefahren der Geldwäscherei im Rohstoffsektor einzudämmen?» (in Erfüllung des Po. Seydoux 17.4204), «Regulierungskosten durch FINMA-Rundschreiben» (in Erfüllung der Po. Germann 17.3620 und Vogler 17.3566) gutgeheissen. *

Ziel 4 Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten und zum EU-Binnenmarkt

- Der Bundesrat hat die Haltung der Schweiz im OECD-Projekt «Massnahmen zur Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft» festgelegt und die Position der Schweiz zum Schlussbericht der OECD verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Anpassung der Mittelausstattung des Internationalen Währungsfonds verabschiedet. *
- Die Rahmenbedingungen für den internationalen Marktzugang von Schweizer Finanzinstituten sind verbessert worden. Im Zentrum stehen dabei die künftige Ausgestaltung und Nutzung von Äquivalenzverfahren der EU im Bereich der Wertpapier-, Derivate, Fond- und Finanzmarktinfrastruktur, v.a. im Kontext des Brexit, und die Ausarbeitung konkreter bilateraler Marktzugangsbedingungen. Entsprechende Verfahren sind im Gang und der Bundesrat ist informiert worden.
- Der Dialog mit den Partnerbehörden ausgewählter G20-Länder, bedeutender Finanzplätze und aufstrebender Wachstumsmärkte, insbesondere in Asien ist vertieft worden, auch im Hinblick auf verbesserte Rahmenbedingungen für das Auslandgeschäft der Schweizer Finanzplatzakteure sowie eine erneute Teilnahme der Schweiz an den Treffen der Finanzminister und Notenbanken der G-20 in den Jahren 2020 und 2021. Der Bundesrat ist über ausgewählte Dialoge informiert worden.

Ziel 5 Die Schweiz fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» verabschiedet. *

Ziel 6 Die Schweiz beugt Gewalt, Kriminalität und Terrorismus vor und bekämpft sie wirksam

- Der Bundesrat hat die Revision der Geldwäschereiverordnung gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der neuen Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache verabschiedet. *

Ziel 7 Der Bund tritt Cyber-Risiken entgegen und unterstützt und ergreift Massnahmen, um die Bürgerinnen und Bürger sowie die kritischen Infrastrukturen zu schützen

- Der Bundesrat ist über den Umsetzungsstand der Massnahmen 2020 aus der Umsetzungsplanung der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) 2018–2022 informiert worden.
- Der Bundesrat hat den Bericht zu Internet of Things (Sicherheit der Geräte, Missbrauch für Cyberkriminalität erschweren) (in Erfüllung des Po. Glättli 17.4295) gutgeheissen. *
- Die Evaluation der neuen Organisation des Bundes im Bereich Cyber-Risiken liegt dem Departementsvorsteher vor.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1 Die Schweiz sorgt für bestmögliche stabile sowie innovationsfördernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen im digitalen Zeitalter und fördert das inländische Arbeitskräftepotential

- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Kartellgesetzes (in Erfüllung der Mo. Fournier 16.4094) eröffnet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die administrative Entlastung der Unternehmen (in Erfüllung der Mo. Sollberger 16.3388) eröffnet. *
- Der Bundesrat hat die Wirkungsanalyse zum Zweitwohnungsgesetz zur Kenntnis genommen.
- Die Liste der meldepflichtigen Berufsarten zur Umsetzung der Stellenmeldepflicht ist aktualisiert und in der Verordnung des WBF über die Unterstellung von Berufsarten unter die Stellenmeldepflicht publiziert.

Ziel 2 Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation und nutzt die Chancen der Digitalisierung

- Die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021 bis 2024 (BFI-Botschaft) ist vom Bundesrat verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Finanzierung der Beteiligung der Schweiz an den europäischen Programmen und Initiativen im Bereich Forschung und Innovation für die Jahre 2021–2027 verabschiedet. *
- Die Verhandlungsmandate für die Assoziierung der Schweiz an die nächste Generation des EU-Forschungsprogramms «Horizon Europe» sowie an weitere, für die Schweiz relevante EU-Initiativen im Forschungs- und Innovationsbereich sind verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Verordnung über die Massnahmen für die Beteiligung der Schweiz an den Rahmenprogrammen der Europäischen Union im Bereich Forschung und Innovation (FRPBV) mit Blick auf die Programmgeneration ab 2021 angepasst.
- Der Bundesrat hat den Entscheid über die Verabschiedung eines Verhandlungsmandats für eine Schweizer Beteiligung am Programm Erasmus für die Jahre 2021 bis 2027 gefällt. *
- Der Bundesrat hat die Verordnung zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation FIFG verabschiedet. *
- Die 5. Serie Nationaler Forschungsschwerpunkte (NFS) unter besonderer Berücksichtigung der Digitalisierung ist gestartet.
- Der Bundesrat hat die Verordnung für das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung revidiert und zusammen mit dem EHB-Gesetz in Kraft gesetzt.

- Der Bundesrat hat die Berichte «Effizienz- und Qualitätsgewinn im Schweizer Bildungswesen» (in Erfüllung des Po. de Courten 16.3474) sowie «Schaffung von Studienplätzen in Humanmedizin. Bilanz der Massnahme des Bundes und Perspektiven» (in Erfüllung des Po. Bulliard-Marbach 18.3631) im Rahmen der BFI–Botschaft 2021–2024 gutgeheissen. *
- Das gemeinsame Arbeitsprogramm der Bildungszusammenarbeit ist von WBF und EDK verabschiedet.
- Die Projekte im Rahmen der Strategie Berufsbildung 2030 sind verbundpartnerschaftlich abgestützt und gemäss Meilensteinplan fortgeschritten.

Ziel 3 Die Schweiz nutzt Boden und natürliche Ressourcen schonend und fördert eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Agrarpolitik ab 2022 verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Berichte «Übersicht über die entlastenden und belastenden Spezialregeln der Landwirtschaft» (in Erfüllung des Po. Caroni 18.4275) sowie «Schrittweiser Ausstieg aus der Verwendung von Glyphosat. Zweckmässigkeit und Modalitäten» (in Erfüllung des Po. Thorens Goumaz 17.4059) gutgeheissen. Ebenfalls hat der Bundesrat – im Rahmen der Botschaft zur Agrarpolitik ab 2022 – den Bericht «Zugang zu Land und zu Landwirtschaftsbetrieben verbessern» (in Erfüllung des Po. Jans 17.3916) und den Bericht «Gesamtschau Agrarpolitik: Einfluss des Grenzschutzes auf der Landwirtschaft vor- und nachgelagerte Branchen» (in Erfüllung des Po. WAK-N 18.3380) gutgeheissen. *
- Das risikobasierte Kontrollsystem im Bereich der Direktzahlungen ist umgesetzt.
- Die neuen mit den Regelungen in der EU harmonisierten Bestimmungen im Bereich Pflanzengesundheit sind umgesetzt.

Ziel 4 Die Schweiz fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt

- Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Rahmenkredit für Eventualverpflichtungen in der Wohnraumförderung für die Jahre 2021–2027 verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Allgemeinverbindlichkeit des Rahmenmietvertrages für die Westschweiz erneuert.

Ziel 5 Die Schweiz kennt die Bedrohungen ihrer Sicherheit und verfügt über die notwendigen Instrumente, um diesen wirksam entgegenzutreten

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)» verabschiedet. *

Ziel 6 Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten und zum EU-Binnenmarkt

- Der Bundesrat hat Botschaften zur Genehmigung von Freihandelsabkommen (FHA) verabschiedet und Entscheide zur Aufnahme von Verhandlungen für neue sowie die Modernisierung bestehender FHA gefällt. *
- Der Bundesrat hat die Aussenwirtschaftsstrategie überprüft und angepasst sowie Beschlüsse zur Sicherung und Weiterentwicklung des multilateralen Handelssystems (WTO) gefällt. *
- Die Botschaft über ein Handelsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich wurde vom Bundesrat verabschiedet. *
- Die Botschaft über die Rahmenkredite für die Beteiligung der Schweiz an der Kapitalisierung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank-Gruppe sowie an der 7. Kapitalerhöhung der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) wurde verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU aktualisiert sowie fallweise weiterentwickelt, wobei insbesondere das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse (MRA) von 1999 (Medizinprodukte) weitgehend revidiert wurde. *

Ziel 7 Die Schweiz engagiert sich für Reformen zur Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit und intensiviert gezielt ihr Engagement in der internationalen Zusammenarbeit

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Finanzierung multilateraler Organisationen und internationaler Finanzinstitutionen als wichtiger Bestandteil der Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 beschlossen. *
- Der Schlussbericht zur Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 wurde vom Bundesrat gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat das Abkommen in Form eines Briefwechsels mit der Türkei über die Ausweitung der Ursprungskumulierung im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS/GPS) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Optimierung und Koordinierung der Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit» (in Erfüllung des Po. Bourgeois 18.3483) gutgeheissen. *

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1 Die Schweiz sorgt für zuverlässige und solid finanzierte Verkehrs- und IKT-Infrastrukturen

- Mit der Verfügung für das Betriebsreglement 2017 am Flughafen Zürich sind weitere Sicherheitsmassnahmen für den Flugbetrieb um- als auch die neue zulässige Lärmbelastung festgesetzt.
- Die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Flugsicherungskosten auf Schweizer Regionalflugplätzen ist geprüft und neu festgelegt.
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Finanzierung des Betriebs, des Substanzerhalts und der Systemaufgaben der Bahninfrastruktur und der privaten Güterverkehrsanlagen in den Jahren 2021–2024 verabschiedet und hat das weitere Vorgehen bezüglich Bundesgesetz über den unterirdischen Gütertransport festgelegt. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesbeschluss über eine Verlängerung des Bürgschaftsrahmenkredits für die Beschaffung von Betriebsmitteln im regionalen Personenverkehr verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Übernahme des 4. Eisenbahn-Pakets und zum Beitritt zur Europäischen Eisenbahnagentur (ERA) eröffnet. *
- Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen zur Reform Regionaler Personenverkehr (RPV) festgelegt und der Bericht «Marktordnung im Personenverkehr: wie weiter nach dem Ablauf der SBB-Konzession 2017?» (in Erfüllung des Po. Regazzi 14.3259) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen zur Multimodalen Mobilität festgelegt. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung über die Botschaft zur Ausführungsgesetzgebung zum Bundesbeschluss über die Velowege eröffnet und die Botschaft verabschiedet.
- Der Bundesrat verabschiedet mit dem Sachplan Verkehr, Teil Programm, ein strategisches Koordinationsinstrument auf nationaler Ebene für die Abstimmung zwischen der Raumentwicklung und den Infrastrukturmassnahmen sowie zwischen den einzelnen Verkehrsträgern. Der Bundesrat hat die Objektblatt-Serie 15 des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) verabschiedet. *

Ziel 2 Die Schweiz schafft Rahmenbedingungen für ein effizientes Gesamtverkehrssystem

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Agentur für das europäische Globale Satellitennavigationssystem (GSA) verabschiedet.
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes, u.a. mit den Themen automatisierte Fahrzeuge und Anpassung der Via sicura-Massnahmen, eröffnet.

- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung «Fairere Verfahren im Strassenverkehr» (in Erfüllung der Mo. Caroni 17.4317) und die Vernehmlassung zur Anpassung der Chauffeurzulassungsverordnung (CZV) an die geänderte Richtlinie 2003/59/EG eröffnet.
- Der Bundesrat hat die Revision der Verordnungen der Verkehrsregeln und der Signalisationsregeln verabschiedet.
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision der Mofavorschriften (in Erfüllung des Po. Candinas 15.4038) und die Vernehmlassung «Kompensierung des Gewichts elektrischer Batterien bei Lieferwagen der 3,5-Tonnen-Kategorie» (zur Umsetzung der Mo. Bourgeois 18.3420) eröffnet.
- Der Bundesrat hat den Sachplan Verkehr, Teil Programm, verabschiedet.
- Das Departement UVEK setzt die Verordnung über das Programm Agglomerationsverkehr (PAVV) in Kraft und begleitet die Erhebung des Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2020.
- Der Bundesrat hat den Bericht (in Erfüllung des Po. Burkart 18.3606) zur Lösung der Schnittstellenproblematik zwischen Nationalstrassen und dem nachgelagerten Strassennetz gutgeheissen. *

Ziel 3 **Die wirtschaftliche, nachhaltige und sichere Energieversorgung der Schweiz ist gewährleistet**

- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU und die Botschaft zur Revision des Stromversorgungsgesetzes verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Energiegesetz eröffnet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Gasversorgungsgesetz verabschiedet. *
- Die Anhörung zur Revision des Sachplans Übertragungsleitungen ist eröffnet.

Ziel 4 **Die Politik bezüglich Radio und Fernsehen, Postwesen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien ist mit Blick auf die Bedürfnisse der Kunden sowie des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Schweiz weiterentwickelt und trägt zur digitalen Entfaltung der Schweiz bei.**

- Der Bundesrat hat über die Weiterentwicklung der Strategie «Digitale Schweiz» entschieden. *
- Der nationale Frequenzzuweisungsplan (NaFZ) ist genehmigt. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes verabschiedet. *
- Die für die Umsetzung des revidierten Fernmeldegesetzes notwendigen Verordnungsanpassungen sind vom Bundesrat verabschiedet.

- Der Bundesrat hat die Teilrevision der Postverordnung in Umsetzung der Mo. Maire 14.4091 und Mo. Clottu 14.4075 «Die Post. Postsendungen sollen allen zugestellt werden!» (zwei Motionen mit gleichlautendem Wortlaut) und Mo. Candinas 16.3848 «Flächendeckende Postzustellung bis zur Mittagszeit» zur Zustellung von Postsendungen verabschiedet.
- Der Bundesrat hat das Mandat für den Weltpostkongress 2020 verabschiedet.

Ziel 5 Boden und natürliche Ressourcen werden schonend genutzt.

- Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen beim Kompetenzzentrum Boden und der schweizweiten Bodenkartierung festgelegt. *
- Der Bundesrat hat die Verordnung über die Rückgabe, die Rücknahme und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte (VREG) geändert.
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Umweltschutzgesetzes (USG) in Erfüllung der Motion Flach 16.3529 «Siedlungsentwicklung nach innen nicht durch unflexible Lärmmessmethoden behindern» eröffnet. *
- Der Bundesrat hat den Bericht zur Wirkungsanalyse Zweitwohnungsgesetz zur Kenntnis genommen. *
- Der Bundesrat hat den überarbeiteten Sachplan Fruchtfolgeflächen (FFF) verabschiedet und der Bericht «Strukturwandel als Folge der Rückkehr der Grossraubtiere» (in Erfüllung des Po. UREK-S 18.4095) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat der Bericht «Ökologischer und wirtschaftlicher Umgang mit Kunststoffen und Kunststoffabfällen» (in Erfüllung der Po. Thorens Goumaz 18.3196 / Munz 18.3496 / Romano 19.3765 / Flach 19.3818) gutgeheissen. *

Ziel 6 Die Schweiz leistet ihren Beitrag zum Klimaschutz und zur Erhaltung der Biodiversität und setzt sich international für eine wirksame Umweltpolitik ein.

- Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat für Verhandlungen im Rahmen der COP Klima und das Verhandlungsmandat für Verhandlungen im Rahmen der globalen Biodiversitätskommission verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat den Aktionsplan 2020–2025 «Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz» gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat das Landschaftskonzept Schweiz genehmigt. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des USG in Umsetzung der Strategie invasive gebietsfremde Arten verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat entschieden, ob er der Volksinitiative für ein Gesundes Klima (Gletscherinitiative) einen Gegenvorschlag gegenüberstellen will.

- Der Bundesrat hat den Bericht in Erfüllung des Po. Thorens Goumaz 18.4211 «Von welcher Bedeutung könnten negative CO_2-Emissionen für die künftigen klimapolitischen Massnahmen der Schweiz sein?» zur Bedeutung von negativen Emissionstechnologien gutgeheissen. Der Bundesrat hat die Vernehmlassung über die Ausführungsbestimmungen des totalrevidierten CO_2-Gesetzes eröffnet, oder – falls sich die parlamentarischen Beratungen verzögern – Änderungen der CO_2-Verordung zur Verlängerung der befristeten klimapolitischen Instrumente erlassen. *
- Der Bundesrat hat Strategie für die langfristige Klimapolitik der Schweiz bis 2050 erarbeitet. *
- Das Bundesamt hat die Vernehmlassung zur Anpassung des Wasserbaugesetzes und die Vernehmlassung zu einer Revision des Gentechnikgesetzes (GTG) eröffnet. *
- Der Bundesrat hat die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 und den Aktionsplan 2020–2023 verabschiedet. *